

## **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Umwidmung des Grundstückskostenzuschusses**

Das Programm „Bauen in Bremen“ und der in diesem Rahmen gezahlte Pauschalbetrag von 10.000 DM pro Grundstück sollte den Wegzug von Bremer/-innen ins Umland verhindern. Dieses Ziel wurde allerdings verfehlt, wie die Daten über Weg- und Zuzüge der Stadt Bremen zeigen.

Fast alle deutschen Großstädte leiden darunter, dass viele gerade junge Familien im Umland der Städte Häuser kaufen oder bauen. Einige dieser Städte haben bereits begriffen, dass eine Preis- und Flächenkonkurrenz mit dem Umland nicht zu gewinnen ist. Vielmehr liegt die große Chance der Städte darin, vorhandene urbane Qualitäten zu erhalten und auszubauen:

- soziale Infrastruktur wie Schulen und Kindergärten stärken,
- mehr Sorgfalt für den Erhalt der Qualität alter noch funktionierender Stadtteile aufwenden,
- Belastungen durch Verkehrslärm und Abgase verringern.

Dies ist die richtige Strategie, um neue Bremer/-innen zu gewinnen, beziehungsweise am Wegzug zu hindern.

Als ein erstes Signal für eine Umsteuerung und Konzentration der knappen Haushaltsmittel sollte Bremen umgehend keinen Grundstückskostenzuschuss mehr zahlen. Stattdessen soll ein Programm entwickelt werden, mit dem ermöglicht wird, Wohnungs- oder Hauseigentum entsprechend veränderten Wohnansprüchen umzubauen oder zu modernisieren.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, schnellstmöglich den so genannten Grundstückskostenzuschuss nicht mehr zu zahlen, sondern aus den für diesen Zweck vorgesehenen Mitteln stattdessen ein Programm zu finanzieren, das die Modernisierung des vorhandenen Wohnungsbestandes und seinen Umbau zur flexiblen Nutzung fördert.

Karin Krusche, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen